



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

29. März 2019

Wochenbericht KW 13

forsa | Emnid | IfD Allensbach | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 30 %, SPD zwischen 18 % und 15 % Grüne zwischen 20 % und 17 %, AfD zwischen 13 % und 11 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden weiter hoch USA werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Diesel:	Bürger sehen eher keine Fortschritte bei der Begrenzung der Luftverschmutzung, gleichzeitig werden Gesundheitsrisiken eher gering eingeschätzt Tendenziell steigende Akzeptanz für Fahrverbote
Wichtigstes Thema:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit
Anlage:	Zeitreihen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	FG Wahlen³ für ZDF
CDU/CSU	30 (-1)	30 (-1)	30,0 (-)	30 (-1)
SPD	16 (+1)	16 (-1)	18,0 (-)	15 (-1)
FDP	9 (-1)	9 (+1)	8,5 (+0,5)	9 (+1)
DIE LINKE	8 (+1)	9 (+1)	8,5 (+0,5)	9 (+1)
B'90/Grüne	20 (+1)	17 (-)	19,0 (+0,5)	19 (-)
AfD	11 (-1)	13 (-1)	12,0 (-1,5)	13 (+1)
Sonstige	6 (-)	6 (+1)	4,0 (-)	5 (-1)
Erhebungszeitraum	18.-22.03.	21.-27.03.	07.-21.03.	25.-27.03.

Die Union liegt bei FG Wahlen 15 (-), bei forsa 14 (-2), bei Emnid 14 (-) und bei IfD Allensbach 12 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

(Zeitreihen: [forsa](#), [Emnid](#), [IfD Allensbach](#), [FG Wahlen](#))

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	36 (-5)
Nahles	15 (-)
Kramp-Karrenbauer	31 (-6)
Scholz	24 (-)
Erhebungszeitraum	18.-22.03.

Annegret Kramp-Karrenbauer verliert im Vergleich zur Vorwoche deutlich an Zustimmung; sie liegt bei der Kanzlerpräferenz 21 (-5) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und nur noch 7 (-6) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

([Zeitreihe](#))

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (31.03.2019)

² im Vergleich zur KW 8

³ im Vergleich zur KW 11

● Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	20	(-3)
SPD	6	(-)
sonstige Parteien	16	(-1)
keine Partei	58	(+4)
Erhebungszeitraum	18.-22.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 14 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

58 % (+4) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

(Zeitreihe)

● Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	15	(-2)
schlechter	48	(+2)
unverändert	35	(+1)
Erhebungszeitraum	18.-22.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 33 (+4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

(Zeitreihe)

Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA	
sehr große	12	(-)
große	45	(-1)
wenig	34	(+1)
keine	8	(-1)
Erhebungszeitraum	18.-22.03.	

Geringverdiener (65 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (62 %) sowie Anhänger der Linkspartei (67 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (66 % zu 48 %) und über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (64 % zu 48 %).

Anhänger der FDP (55 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

(Zeitreihe)

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA	
USA	21	(-5)
Naher Osten, arabische Länder	9	(-)
Umwelt, Klima	8	(+3)
Asylbewerber, Flüchtlinge	8	(-)
Krieg, Terrorismus allgemein	7	(+4)
Russland	7	(+1)
Asien, Nordkorea	7	(-)
Brexit	6	(+3)
Syrien	5	(-)
Erhebungszeitraum	18.-22.03.	

Von den Bundesbürgern werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Anhänger der Grünen, der FDP (jew. 27 %) und der Linkspartei (26 %) nennen die USA überdurchschnittlich häufig als größte Bedrohung für Deutschland. Frauen nennen diese Gefahr häufiger als Männer (26 % zu 16 %).

(Zeitreihe)

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	42	(-2)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	7	(-1)
Deutschland tut bereits genug	49	(+3)
Erhebungszeitraum	18.-22.03.	

Personen mit hoher formaler Bildung (48 %) und Gutverdiener (47 %) sowie Anhänger der Grünen (53 %), der FDP (52 %) und der Linkspartei (47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (18 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Ostdeutsche, Personen mit mittlerer formaler Bildung, Geringverdiener (jew. 56 %), Frauen und unter 30-Jährige (jew. 55 %) sowie Anhänger der Union (54 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

(Zeitreihe)

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	39	(-)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	17	(-)
verhält sich alles in allem genau richtig	39	(-1)
Erhebungszeitraum	18.-22.03.	

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (49 %) und Anhänger der AfD (69 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Hingegen sind über 60-Jährige (22 %) und Anhänger der Linkspartei (26 %) überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung, Anhänger der Union und der Grünen (jew. 48 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

(Zeitreihe)

Kommt die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung durch Dieselaautos ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

	Emnid für BPA	
eher voran	16	(-)
eher nicht voran	75	(-)
Erhebungszeitraum	20.-21.03.	

Personen mit einfacher formaler Bildung (24 %) und Anhänger der Union (26 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung durch Dieselaautos eher vorankommt. Unter 40-Jährige sind eher dieser Meinung als über 40-Jährige (24 % zu 12 %).

Hingegen meinen Personen mit mittlerer formaler Bildung (86 %) sowie Anhänger der Linkspartei (91 %), der SPD (85 %) und der Grünen (84 %), dass die Bundesregierung bei der Begrenzung der Luftverschmutzung eher nicht vorankommt.

(Zeitreihe)

Halten Sie gesundheitliche Gefahren an Ihrem Wohnort durch ältere Dieselaautos für ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

	Emnid für BPA	
groß	12	(-)
eher groß	12	(-1)
eher gering	37	(+2)
gering	35	(-3)
Erhebungszeitraum	20.-21.03.	

Unter 40-Jährige (31 %) und Ostdeutsche (29 %) sowie Anhänger der Grünen (35 %), der SPD (31 %) und der Linkspartei (30 %) halten die gesundheitlichen Gefahren überdurchschnittlich oft für groß bzw. eher groß.

Hingegen halten 40- bis 59-Jährige (77 %) und Anhänger der Union (81 %) die Gesundheitsrisiken überdurchschnittlich häufig für (eher) gering.

Je größer der Wohnort, desto mehr Einwohner sehen große bzw. eher große Gesundheitsgefahren (unter 20.000: 14 % zu über 100.000: 38 %).

(Zeitreihe)

Halten Sie drohende Fahrverbote in deutschen Städten für ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

	Emnid für BPA	
gerechtfertigt	37	(+3)
übertrieben	59	(-4)
Erhebungszeitraum	20.-21.03.	

Großstädter (49 %) und unter 30-Jährige (43 %) sowie Anhänger der Grünen (52 %) und der SPD (43 %) halten die drohenden Fahrverbote in deutschen Städten überdurchschnittlich oft für gerechtfertigt. Personen mit hoher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (45 % zu 31 %).

Hingegen halten Ostdeutsche (69 %) sowie Anhänger der AfD (82 %), der Linkspartei (71 %) und der Union (64 %) die Fahrverbote überdurchschnittlich häufig für übertrieben.

(Zeitreihe)

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	38 (+20)
EU-Urheberrechtsreform/Artikel 13	14 (+9)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	6 (-2)
Umweltpolitik/-schutz	5 (+1)
Erhebungszeitraum	26.-27.03.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Grünen, der FDP (jew. 53 %) und der Union (48 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 35-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (42 % zu 28 %), Personen mit mittlerer bzw. hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (44 % zu 28 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (47 % zu 23 %). Ostdeutsche (27 %) sowie Anhänger der AfD (26 %) und der Linkspartei (32 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Anhänger der Grünen (23 %) erwähnen die EU-Urheberrechtsreform besonders häufig. Unter 35-Jährige nennen das Thema häufiger als über 35-Jährige (32 % zu 6 %). Personen mit einfacher formaler Bildung (4 %), Geringverdiener (9 %) sowie Anhänger der AfD (5 %), der Union und der FDP (jew. 8 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.



















